



Brüssel, den 5. März 2025
(OR. en)

6403/25

JAI 222
COSI 34
ENFOPOL 57
CRIMORG 36
CORDROGUE 25
COLAC 23
JAIEX 16

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Delegationen

Nr. Vordok.: 6339/25

Betr.: Gemeinsame Erklärung der Ministerinnen und Minister für Inneres und/oder Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der für Sicherheit zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit (Gemeinsame Erklärung der EU und des CLASI)

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Gemeinsame Erklärung, über die die Ministerinnen und Minister für Inneres und/oder Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die für Sicherheit zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit (CLASI) auf ihrem Treffen in Brüssel vom 5. März 2025 Einvernehmen erzielt haben.

Gemeinsame Erklärung der Ministerinnen und Minister für Inneres und/oder Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der für Sicherheit zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit (Gemeinsame Erklärung der EU und des CLASI)

1. Wir, die Ministerinnen und Minister für Inneres und/oder Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit (CLASI), die zum dritten Mal zusammenkommen, um die Zusammenarbeit in Sicherheitsangelegenheiten, die beide Regionen betreffen, zu konsolidieren,
2. wissen um die zunehmend gewalttätigen Handlungen und den anpassungsfähigen und transnationalen Charakter krimineller Netze, die die Rechtsstaatlichkeit untergraben, die legale Wirtschaft, staatliche Institutionen und öffentliche Verwaltungen unterwandern und zur Verschleierung ihrer Gewinne Geldwäsche betreiben, wodurch das grundlegende Recht der Bürgerinnen und Bürger auf ein Leben in einem sicheren Umfeld gefährdet wird;
3. tragen dem Umstand Rechnung, dass die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte für unsere Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung sind und dass der Schutz personenbezogener Daten unerlässlich ist, um den Informationsaustausch für die Strafverfolgung und die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen zu ermöglichen;
4. weisen darauf hin, wie wichtig es ist, die Geschlechterperspektive bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, einschließlich institutioneller Strategien zur Förderung von Frauen in Führungsrollen in diesem Bereich, und bei der Bewertung krimineller Erscheinungsformen und ihrer Auswirkungen durchgängig zu berücksichtigen und bewährte Verfahren und Handlungsansätze zu fordern;
5. heben die Bedeutung der im Laufe der Jahre aufgebauten strategischen Beziehung zwischen der EU und dem CLASI hervor, durch die Synergien zwischen den jeweiligen Sicherheitszyklen genutzt werden, und bekräftigen unsere Entschlossenheit, im Interesse der Stärkung regionaler und bilateraler Zusammenarbeit innerhalb und zwischen unseren beiden Regionen, einschließlich der europäischen Gebiete in äußerster Randlage und der überseeischen Länder und Gebiete, weiterhin zusammenzuarbeiten;

6. verweisen auf die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) vom 18. Juli 2023 in Brüssel (Belgien), in der die Führungsspitzen der beiden Regionen übereinkamen, Kooperationsinitiativen im Bereich der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in den beiden Regionen zu fördern, und die Erklärung, die auf der hochrangigen Tagung des EU-CELAC-Mechanismus zur Koordinierung und Zusammenarbeit im Bereich der Drogenbekämpfung beschlossen wurde, die am 22. Februar 2024 in La Paz (Bolivien) stattfand;
7. nehmen Kenntnis von den Fortschritten bei der Analyse der kriminellen Bedrohungen für unsere Regionen, die im Rahmen des Instruments zur Dokumentation und Bewertung der Bedrohungslage in Lateinamerika (IDEAL) und der Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität in der Europäischen Union (EU SOCTA) sowie des von Europol am 5. April 2024 veröffentlichten Berichts mit dem Titel „Die bedrohlichsten kriminellen Netzwerke in der EU: Ein Blick hinter die Kulissen“ dargelegt wurden;
8. bekämpfen, wie wichtig es ist, die operative Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung zwischen der EU und Lateinamerika zu stärken, und betonen die bedeutende Rolle der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust), der Police Community of the Americas (Ameripol) und von Rahmen wie der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) und APPLICAMOS für die Koordinierung gemeinsamer Anstrengungen, den Informationsaustausch und grenzüberschreitende Einsätze zur wirksamen Bekämpfung der organisierten Kriminalität und zur Zerschlagung krimineller Netze;
9. erkennen an, dass die Resilienz logistischer Knotenpunkte beider Regionen, wie Häfen, Flughäfen, Lagerhäuser und andere wichtige Verkehrs- und Verteilungszentren, gegenüber der Ausbeutung durch organisierte Kriminalität dringend gestärkt werden muss, und heben ferner hervor, dass sie unbedingt vor Unterwanderung und Missbrauch für den illegalen Handel und andere illegale Aktivitäten geschützt werden müssen;
10. sind uns bewusst, dass sich die Zuständigkeiten in den Bereichen Sicherheit und Verwaltung von Haftanstalten zwischen den Staaten unterscheiden, und betonen, wie wichtig es ist, dass die nationalen Einrichtungen darauf hinarbeiten, dass in Haft befindliche verurteilte Anführer und Mitglieder krimineller Netze an der Weiterführung ihrer kriminellen Aktivitäten gehindert werden;

11. unterstreichen die Rolle wirksamer Strategien und Instrumente zur Kriminalprävention dabei, kriminelle Aktivitäten und die Ausbeutung schutzbedürftiger Personen, einschließlich Minderjähriger, durch kriminelle Netze zur Ausübung krimineller Aktivitäten zu unterbinden;
12. weisen darauf hin, dass die Herstellung, der Transport und der Vertrieb von Drogen sowie der Handel damit eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit, öffentliche Gesundheit und Umwelt darstellen – eine Bedrohung, die Gewalt, Korruption und Geldwäsche fördert und unsere legale Wirtschaft verzerrt;
13. betonen, wie wichtig die Bekämpfung der Korruption auf allen Ebenen sowohl als grundlegende Säule bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität als auch als wesentliche Voraussetzung für die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und für das Wirtschaftswachstum ist, und verpflichten uns, Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen zum Schutz von Einrichtungen und zur Gewährleistung von Transparenz und Integrität im öffentlichen und privaten Sektor umzusetzen und die internationale Zusammenarbeit zu stärken, um die Abschöpfung von Vermögenswerten und Erträgen aus der Korruption wirksamer zu gestalten;
14. erkennen an, dass Umweltdelikte – insbesondere Entwaldung – verheerende Auswirkungen auf die Umwelt, die menschliche Gesundheit und das Klima haben, vielfach einen grenzüberschreitenden Charakter aufweisen und oft Gruppen organisierter Kriminalität daran beteiligt sind; weisen darauf hin, dass die Zusammenarbeit verstärkt werden muss, um diese Erscheinungsformen weltweit zu bekämpfen und Sicherheitserwägungen bei Projekten für alternative Entwicklung oder Umweltschutz zu berücksichtigen;
15. sind zutiefst besorgt über die verheerenden Auswirkungen des Menschenhandels in beiden Regionen;
16. bekräftigen, dass ein solider Ansatz nach dem Prinzip „Follow the money“ verfolgt werden muss, wobei der Schwerpunkt auf Finanzströmen im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität liegt und die Rückverfolgung, das Einfrieren und die Einziehung illegal erworbener Vermögenswerte, einschließlich Kryptowerten, verbessert wird, um die finanziellen Grundlagen krimineller Organisationen zu schwächen;
17. betonen, dass der Zugang zu Daten und digitalen Beweismitteln ein Schlüsselement für die Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von Straftaten ist und dass die Online-Dimension der organisierten Kriminalität immer mehr in den Vordergrund rückt und innovative Instrumente und Methoden der Strafverfolgungs- und Justizbehörden erfordert;

18. weisen darauf hin, dass EMPACT als Instrument zur Bekämpfung vorrangiger Kriminalitätsbereiche Mechanismen zur Erleichterung des bilateralen und multilateralen Dialogs, auch mit lateinamerikanischen Partnern, sowie der operativen Zusammenarbeit umfasst; unterstreichen die Annahme der operativen Aktionspläne (OAP) unter der Koordinierung des CLASI nach dem EMPACT-Modell mit dem Ziel, strategische, taktische und operative Maßnahmen in Lateinamerika und der Karibik aufeinander abzustimmen;
19. weisen darauf hin, dass das Operationszentrum für den Kampf gegen den Drogenhandel im Atlantik (MAOC-N) und mehrere EU-Agenturen, wie Europol, Eurojust, die Drogenagentur der Europäischen Union (EUDA), die Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) und die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex), aktiv mit Drittländern, einschließlich CLASI-Mitgliedern, bei der Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität zusammenarbeiten;
20. würdigen die Rolle bilateraler und regionaler Dialoge und Kooperationsprogramme, die im Einklang mit den Prioritäten der lateinamerikanischen Länder, der karibischen Länder und der EU-Mitgliedstaaten stehen, wie das Programm für die Zusammenarbeit im Bereich der Drogenpolitik (COPOLAD), das Europäische/Lateinamerikanische Hilfsprogramm gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (EL PAcCTO), das Programm für die integrierte Grenzverwaltung und die Bekämpfung des Menschenhandels und der Schleuserkriminalität (EUROFRONT), die Global Action against Cybercrime (GLACY-e – Weltweite Bekämpfung der Cyberkriminalität), das Seaport Cooperation Project (SEACOP – Projekt für die Zusammenarbeit von Seehäfen) und die weiteren Teilprojekte des Programms „Global Illicit Flows“ (globale illegale Ströme), sowie die Rolle der Netzwerke für die internationale Zusammenarbeit bei der Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten, wie das Camdener zwischenstaatliche Netz der Vermögensabschöpfungsstellen (CARIN), das den Austausch mit Vermögensabschöpfungsstellen in Drittländern erleichtert, und regionale behördenübergreifende Netzwerke wie die Lateinamerikanische Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche“ (GAFILAT), die Caribbean Financial Action Task Force (CFATF) und das Operative Netz zur Geldwäschebekämpfung (AMON);

21. würdigen die Einleitung der zweiten Phase des EL PAcCTO-Programms im März 2023 in Panama, das ein wesentliches Instrument zur Verbesserung der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika und der Karibik im Bereich Recht und Sicherheit darstellt, und erkennen seine unverzichtbare Unterstützung für die Einrichtung und das Funktionieren des Dialogs zwischen der EU und des CLASI sowie für die Entwicklung des IDEAL und die Stärkung von Ameripol an;
22. unterstreichen die Bedeutung der Koordinierung zwischen den zuständigen Stellen jedes Landes, den lokalen Gemeinschaften, dem privaten Sektor, internationalen Organisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft mit dem Ziel, nachhaltige Lösungen zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen der organisierten Kriminalität sowie Maßnahmen, die sich auf Programme zur Kriminalprävention, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen und die Schaffung von Chancen für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen konzentrieren, zu entwickeln;
23. betonen die Rolle von Bildungskampagnen in beiden Regionen bei der Förderung einer Rechtskultur, durch die die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, die Transparenz und die Menschenrechte gestärkt werden, und der Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere junger Menschen, für die Risiken im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität und die Bedeutung der bürgerlichen Ethik für den Aufbau gerechterer und sichererer Gesellschaften; weisen darauf hin, dass die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen jedes Landes, akademischen Einrichtungen, Medienunternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft wichtig ist, um deren Reichweite und Wirksamkeit zu erhöhen;
24. erkennen die rasche Entwicklung neu entstehender Technologien, wie künstlicher Intelligenz und prädiktiver Analytik, und ihr Potenzial an, grenzüberschreitende kriminelle Bedrohungen zu erkennen und zu bekämpfen, die operative Koordinierung zu optimieren und die Wirksamkeit von Ermittlungen zu verbessern;
25. würdigen die Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung von Ameripol am 9. November 2023 in Brasilia (Brasilien) durch 13 CLASI-Mitgliedstaaten, wodurch Ameripol ein institutioneller Status verliehen wird, der dazu beitragen wird, seine Rolle bei der Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität in Lateinamerika zu stärken;

26. sind erfreut über den Beitritt weiterer lateinamerikanischer Mitglieder zum CLASI und begrüßen Brasilien und Guatemala sowie deren Absicht, zu den gemeinsamen Zielen dieses Ausschusses beizutragen;
27. begrüßen die Einigung über die Arbeitsverfahren der EU und des CLASI, insbesondere die Festlegung eines 18-monatigen Zyklus von Treffen auf der Ebene von Ministern, Institutionen und hochrangigen Beamten.

Wir, die Ministerinnen und Minister für Inneres und/oder Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des CLASI,

28. kommen überein, unsere Anstrengungen zu konsolidieren und zu verstärken, um die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und ihre negativen Auswirkungen auf unsere Gesellschaften mithilfe eines gesamtgesellschaftlichen und behördenübergreifenden Ansatzes – der auf Belegen dafür beruht, was tatsächlich funktioniert – zu bekämpfen, unter anderem durch Innovation und durch den Aufbau wirksamer Kapazitäten und die Verbesserung der Zusammenarbeit;
29. bringen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Kontinuität und die Weiterentwicklung des CLASI zum Ausdruck;
30. verpflichten uns, die gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung des Drogenhandels und zur Zerschlagung von kriminellen Netzen, von denen ein hohes Risiko ausgeht, zu konzentrieren und zu verstärken, insbesondere durch die Verfolgung der Geldflüsse bei gleichzeitiger Fortsetzung der Arbeit in anderen vorrangigen Kriminalitätsbereichen wie Menschenhandel, Schleuserkriminalität, die Entwicklung und Herstellung von Feuerwaffen und der illegale Handel damit, der sexuelle Missbrauch von Kindern, Cyber-, Umwelt- und Finanzkriminalität, Korruption, die organisierte Eigentumskriminalität, der illegale Handel mit Kulturgütern und die kriminelle Nutzung von Kryptowährungen;
31. verpflichten uns gemeinsam, die im Anhang zu dieser Gemeinsamen Erklärung dargelegten Prioritäten der operativen Zusammenarbeit umzusetzen, um eine wirksame Reaktion auf kriminelle Bedrohungen, von denen beide Regionen betroffen sind, zu verstärken;

32. fordern nachdrücklich Zusammenarbeit, um gemeinsam gegen neue Drogenhandelsrouten von den Ursprungsländern über Transitländer in die Zielländer, einschließlich derjenigen über den Golf von Guinea, Zentralamerika und die Karibik, vorzugehen und zu unterbinden und gleichzeitig die Bemühungen gegen traditionelle Drogenhandelsrouten zu intensivieren und einen geografisch breiten Ansatz zur Bekämpfung der vielfältigen Herausforderungen der organisierten Kriminalität sicherzustellen;
33. fordern Komplementarität und Synergien zwischen den Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der EU und des CLASI mit Schwerpunkt auf der operativen Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung und des EU-CELAC-Mechanismus zur Koordinierung und Zusammenarbeit im Bereich der Drogenbekämpfung mit Schwerpunkt auf einem umfassenden und ausgewogenen Ansatz zur Bewältigung der weltweiten Drogensituation, indem die gesamte biregionale Koordinierung und Zusammenarbeit bei der Ergreifung evidenzbasierter Maßnahmen zur Verringerung sowohl des Drogenangebots als auch der Drogennachfrage verbessert wird, unter anderem durch die Bereitstellung und Stärkung von Prävention, Behandlung und Schadensreduzierung;
34. fordern, dass die Synergien zwischen den Bemühungen der Strafverfolgungs- und der Justizbehörden zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität verstärkt werden, um eine umfassende Reaktion auf die kriminellen Bedrohungen, von denen unsere beiden Regionen betroffen sind, zu erreichen;
35. fordern die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der CELAC auf, die in dieser Erklärung dargelegten gemeinsamen Anstrengungen auf ihrem nächsten Gipfeltreffen anzuerkennen, zu billigen und weiter zu verstärken und gleichzeitig den politischen Willen auf höchster Ebene auf diese Initiativen im Sicherheitsbereich abzustimmen, die die regionale Stabilität und Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen stärken;
36. fordern, dass beim nächsten Treffen hochrangiger Beamter die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Gemeinsamen Erklärung, einschließlich ihres Anhangs, überprüft werden, um einschlägige Maßnahmen zu ermitteln, die zur Zerschlagung krimineller Organisationen, die in unserer Region tätig sind, ergriffen werden müssen, und die Entwicklung einer gemeinsamen Kultur der Zusammenarbeit durch einen Austausch über die Lage in beiden Regionen, unsere Reaktionen und bewährte Verfahren fortzusetzen.
37. Wir, die Ministerinnen und Minister für Inneres und/oder Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des CLASI, sehen einem erneuten Treffen in derselben Zusammensetzung zur Überprüfung der Fortschritte bei unserer Zusammenarbeit in etwa 18 Monaten, d. h. in der zweiten Hälfte des Jahres 2026, erwartungsvoll entgegen.

**ANHANG ZUR GEMEINSAMEN ERKLÄRUNG: FAHRPLAN EU-CLASI ZUR
UMSETZUNG DER PRIORITÄTEN DER OPERATIVEN ZUSAMMENARBEIT IM
ZEITRAUM 2025-2026**

1- Operative Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung

- i) Förderung der Nutzung bestehender Fusionszentren, um die behördenübergreifende Zusammenarbeit zu steuern und spezielle Ermittlungseinheiten zu unterstützen.
- ii) Verstärkung der Nutzung von Kanälen und Systemen für den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden in beiden Regionen, wobei der Schutz personenbezogener Daten und die Vertraulichkeit zu gewährleisten sind.
- iii) Verstärkung des Informationsaustauschs im Bereich des Drogenhandels, insbesondere mit Unterstützung von der Drogenagentur der Europäischen Union und Europol.
- iv) Stärkung der Ressourcen im Atlantik zur Bekämpfung des Drogenhandels über den Seeweg, auch in Zusammenarbeit mit MAOC-N und dem Projekt für die Zusammenarbeit von Seehäfen (SEACOP).
- v) Nutzung der Synergien zwischen den Zyklen für die Bewertung der Bedrohungslage im Rahmen von EU SOCTA und IDEAL und Förderung eines umfassenden Informationsbildes in beiden Regionen.
- vi) Entwicklung von Maßnahmen gegen kriminelle Netze, von denen die größte Gefahr ausgeht, im Einklang mit den Analyseberichten von Europol (Bestandsaufnahme und EU SOCTA) und IDEAL, insbesondere die Auswahl vorrangiger Ermittlungen – und die Schwerpunktsetzung darauf – gegen diese Netze und zentralen Personen, die an Folgendem beteiligt sind:
 - Drogenhandel,
 - Menschenhandel,
 - Schleuserkriminalität,
 - sexueller Ausbeutung von Kindern,
 - illegalem Handel mit Feuerwaffen,

- Cyberkriminalität,
- Umweltdelikte,
- organisierter Eigentumskriminalität, einschließlich des illegalen Handels mit Kulturgütern,
- Korruption,
- Finanzkriminalität und Geldwäsche.

vii) Befähigung der Taskforce für die Bekämpfung des Drogenhandels, solche vorrangigen Ermittlungen einzuleiten und durchzuführen, und die regionale und biregionale operative Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenhandels durch evidenzbasierte Maßnahmen und die Unterstützung von Europol und Ameripol im weiteren Sinne zu verstärken.

viii) Förderung der aktiven und spezifischen Beteiligung der zuständigen Behörden Lateinamerikas und der Karibik, insbesondere der Polizei- und Justizbehörden, im Rahmen des nächsten EMPACT-Zyklus (2026-2029), womit zur Entwicklung und Umsetzung der operativen Aktionspläne (OAP) beigetragen wird.

ix) Intensivierung der operativen Maßnahmen der Strafverfolgung und gegebenenfalls der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen gegen kriminelle Netze, von denen ein hohes Risiko ausgeht, im Rahmen von EMPACT, auch unter Nutzung des von Europol entwickelten Konzepts der operativen Taskforce und der von Eurojust unterstützten gemeinsamen Ermittlungsgruppen.

x) Unterstützung des Inkrafttretens des Vertrags über die Gründung von Ameripol für die Unterzeichnerstaaten des Vertrags, auch im Hinblick auf die Annahme der erforderlichen Datenschutzbestimmungen, und größtmögliche Vorwegnahme der Verhandlungen über eine Arbeitsvereinbarung zwischen Ameripol und Europol.

xi) Ausbau der Zusammenarbeit der CLASI-Länder mit Europol und gegebenenfalls Eurojust, unter anderem durch den Abschluss internationaler Abkommen, die den Austausch personenbezogener Daten ermöglichen.

2- Resilienz logistischer Knotenpunkte

- i) Unterstützung der Bemühungen zur Zusammenarbeit, um die Resilienz logistischer Knotenpunkte und die Sicherheit der Lieferketten in beiden Regionen unter Einbeziehung einschlägiger Akteure des öffentlichen und des privaten Sektors zu stärken, und Aufbau einer starken Partnerschaft mit der Europäischen Hafenallianz, um die Resilienz der Häfen beider Regionen gegenüber organisierter Kriminalität sowohl in den Ursprungsländern als auch in den Transit- und Zielländern sicherzustellen.
- ii) Anhaltende Bewertung der Sicherheitslücken bei den Häfen beider Regionen und der Maßnahmen, die ergriffen wurden, um der Unterwanderung durch organisierte Kriminalität, auch durch Gewalt und Korruption, entgegenzuwirken.

3- Resilienz von Hafteinrichtungen

- i) Prüfung der Möglichkeiten, die rechtlichen und operativen Rahmenbedingungen für die Festhaltung und Inhaftierung von hochrangigen Zielen im Einklang mit den Zuständigkeiten und institutionellen Strukturen jedes Landes zu stärken, um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, dass diese in Gewahrsam befindlichen Personen einen anhaltenden Einfluss auf ihre kriminellen Organisationen ausüben.

4- Bekämpfung von Finanzkriminalität und Abschöpfung illegal erworberner Vermögenswerte

- i) Förderung der vollständigen Umsetzung des Ansatzes „Follow the money“ unter Hervorhebung, dass beide Regionen die Finanzermittlungen, die sich gegen die wirtschaftliche Infrastruktur der organisierten Kriminalität – von Geldwäsche-Netzen bis hin zu versteckten Vermögenswerten und Korruption – richten, intensivieren müssen.
- ii) Förderung des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit zwischen der EU und dem CLASI zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, wobei ein multisektoraler und interinstitutioneller Ansatz gefördert wird, der den Austausch von Finanzinformationen, einschlägigen Daten und bewährten Verfahren sowie die gemeinsame Entwicklung von Programmen zum Kapazitätsaufbau umfasst.
- iii) Förderung der Schaffung solider, anpassungsfähiger und angemessener Rechtsrahmen für das Einfrieren und die Einziehung von Vermögenswerten, die auf die Bedürfnisse und Zuständigkeiten jedes Landes zugeschnitten sind und die Aufdeckung, die Rückverfolgung, das Einfrieren, die Verwaltung und die Einziehung illegal erworberner Vermögenswerte ermöglichen; zudem Förderung der biregionalen Zusammenarbeit zwischen Vermögensabschöpfungsstellen der CLASI- und der EU-Länder.